KI-02 Dem gesellschaftlichen Wandel durch Künstliche Intelligenz wirksam begegnen

Gremium:	BAG Digitales und Medien | BAG Demokratie und Recht | BAG Kultur
Beschlussdatum:	03.10.2026
Tagesordnungspunkt:	KI TOP 12 - KI-Strategie
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Dem gesellschaftlichen Wandel durch Künstliche Intelligenz wirksam begegnen

Für eine gerechte, nachhaltige und grundrechtsbasierte digitale Zukunft

1. Präambel & Unser Kompass

Der rasante Fortschritt und die flächendeckende Verbreitung von Systemen Künstlicher Intelligenz (KI) verändern unsere Gesellschaft, die Arbeitswelt, unsere Bildungs- und Kulturlandschaft sowie das Funktionieren unserer Demokratie grundlegend. KI birgt enorme Chancen für Innovation, Effizienz und die ökologische Transformation, wirft jedoch gleichzeitig drängende Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Grundrechtssicherung und der Machtkonzentration auf.

Unser Kompass ist klar: Technologie muss dem Menschen, dem Gemeinwohl und der Ökologie dienen – nicht umgekehrt. Wir gestalten den digitalen Wandel aktiv und sichern ihn durch klare rechtsstaatliche und soziale Leitplanken ab. Unsere Schwerpunkte liegen auf der Wahrung der Bürger*innen- und Persönlichkeitsrechte, der Stärkung der sozialen Sicherheit, dem Schutz menschlicher Kreativität sowie der Verankerung europäischer technologischer Souveränität.

2. Auskömmliche Arbeit, Mitbestimmung und soziale Garantien im KI-Wandel

Wo Maschinen und Algorithmen menschliche Arbeitsleistung ergänzen oder ersetzen, müssen Gewinne gerecht verteilt und Erwerbsbiografien verlässlich abgesichert werden.

- Betriebliche Mitbestimmung und Tarifautonomie sichern: Autonom entscheidende KI-Systeme dürfen Mitbestimmungsrechte und Tarifstrukturen nicht untergraben. Wir fordern verbindliche Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalräte bei der Einführung, Gestaltung und Überwachung von KI-Systemen am Arbeitsplatz.

- Arbeitszeitverkürzung erproben: In Branchen, die stark von KI-Automatisierung betroffen sind, wollen wir Modelle der Arbeitszeitverkürzung (wie die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich) erproben, um Produktivitätsgewinne den Beschäftigten zugute kommen zu lassen und Arbeit gerecht zu verteilen. Gleichzeitig steigt die kognitive Arbeitsbelastung von KI-unterstützten Mitarbeitenden. Wir fordern die

Erforschung von neuen Arbeitsmodellen, Burnout-Prävention und Gestaltung von Pausenzeiten.

- Sozialverträgliche Übergänge gestalten:
  - KI-Übergangsgeld: Wer den Arbeitsplatz durch KI-Automatisierung verliert und eine Qualifizierung beginnt, erhält für bis zu 6 Monate ein KI-Übergangsgeld in Höhe von 80 % des letzten Nettoeinkommens.
  - Erweitertes Kurzarbeitergeld: Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 14 Monate bei KI-bedingten Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen.
  - Atypische Beschäftigungsformen absichern: Wir fordern die Ausweitung der Arbeitslosenversicherung auf alle Erwerbsformen und flexiblere Anspruchsvoraussetzungen, die auch kurzzeitige Beschäftigung berücksichtigen, z.B. für Freiberufler*innen und Solo-Selbständige.
- Zukunftsfeste Finanzierung der Sozialsysteme: Die Automatisierung darf nicht zum Austrocknen der Sozialkassen führen. Wir fordern eine regelmäßige Prüfung der Auswirkungen von KI auf Löhne und Sozialabgaben, wirksame Gegenmaßnahmen (z.B. Wertschöpfungsabgabe, Besteuerung von Automatisierungsgewinnen) und Transparenzberichte von Unternehmen über den Einsatz von KI und die Folgen für Beschäftigung und Löhne.
- Ausbau zur Garantiesicherung: Unser soziales Netz muss Halt geben ohne existenziellen Druck. Wir entwickeln die soziale Sicherung zu einer sanktionsfreien Garantiesicherung weiter, die Raum und Sicherheit für berufliche Neuorientierung bietet.

3. Bildung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen

KI-Kompetenz ist eine Schlüsselqualifikation für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe aller Menschen. Zugleich kann KI Fachwissen untergraben und Arbeitsautomonie einschränken. Dem gilt es mit Weiterbildungsangeboten entgegenzuwirken, um menschliche Schlüsselkompetenzen wie kritisches Denken, Streben nach Verbesserung und Kreativität zu fördern.

- Recht auf Weiterbildung umsetzen: Lebenslanges Lernen muss ein garantierter Anspruch sein. Durch das grüne Weiterbildungskonto und einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungszeit ermöglichen wir Erwerbstätigen die selbstbestimmte und unbürokratische Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen. Dabei gilt es, geschlechtsspezifische und diversitätssensible Bedarfe zu berücksichtigen. Gezielte Förderprogramme, Mentoring und barrierefreie Zugänge können ausgleichen, dass Frauen und marginalisierte Gruppen in digitalen Berufen unterrepräsentiert sind.
- Digitale Grundbildung an Schulen verankern: Verpflichtende Verankerung digitaler Grundbildung und KI-Medienkompetenz in allen Schulcurricula und Schulformen. Dazu gehören eine flächendeckende Aus- und Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte sowie die Bereitstellung der

notwendigen IT-Ausstattung an Schulen und Hochschulen. Der Zugang zum Lehramt für die freie medienpädagogische Szene wird entbürokratisiert.

- Bundesweite Kompetenzoffensive: Niedrigschwellige Angebote für Bürger*innen, die mit einem Gutscheinsystem Menschen dabei unterstützt, KI sicher, kritisch und selbstbestimmt zu nutzen.

- Modulare Weiterbildungsformate ausbauen: Förderung zielgruppenspezifischer, flexibler Bildungsangebote (Micro-Credentials, berufsbegleitende Online-Kurse) mit besonderem Fokus auf Beschäftigtengruppen mit hohem Transformationsrisiko.

- Green AI in der Bildung verankern: Vermittlung von Kenntnissen über den ökologischen Fußabdruck von KI (Energie- und Ressourcenverbrauch) sowie über das Potenzial von KI für den Umwelt- und Klimaschutz.

4. Kunst, Kultur und Urheberrecht - Menschliche Kreativität schützen

Kreativität, Kunst und Kultur sind Ausdruck menschlicher Lebenserfahrung. KI kann künstlerische Prozesse unterstützen, darf menschliches Schaffen jedoch weder ersetzen noch ökonomisch entwerten.

- Zentralität menschlicher Urheberschaft: Urheberrechte gelten ausschließlich für menschliche Schöpfungen. Rein KI-generierte Inhalte erhalten keinen urheberrechtlichen Schutz.

- Transparenz und Kennzeichnungspflicht:
  - Konsequente, leicht überprüfbare Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte im Sinne des EU AI Act nicht nur für kritische Bereiche (unter anderem zum Schutz vor Deepfakes und Desinformation).

  - Vollständige Offenlegung der verwendeten Trainingsdaten durch KI-Entwickler*innen.

- Fairer Schutz geistigen Eigentums & Autorisierungsregister:
  - Urheber*innen und Rechteinhaber*innen müssen selbst entscheiden können, ob ihre Werke als Trainingsdaten genutzt werden dürfen. Wir setzen uns für ein Opt-In Prinzip und ein öffentlich zugängliches Autorisierungsregister ein; hier sind die Entscheidungen der Urheber*innen dokumentiert. Trainingsdaten müssen offengelegt werden, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu sichern.

  - Beim Text and Data Mining (§ 44b UrhG) fordern wir eine gesetzliche Vergütungspflicht für die Nutzung geschützter Werke zu KI-Trainingszwecken.

- Verwertungsgesellschaften stärken: Die Verwertungsgesellschaften (GEMA, VG Wort, VG Bild-Kunst etc.) müssen rechtlich und politisch gestärkt werden,

um gegenüber globalen Tech-Konzernen faire Lizenz- und Vergütungsmodelle für Urheber*innen durchzusetzen.

- Schutz der Persönlichkeitsrechte: Wir fordern einen strikten rechtlichen Schutz vor der unberechtigten digitalen Nachbildung oder Synthetisierung von Stimme, Gesicht, Bewegungsmuster und Körpersprache eines Menschen. Bei KI-generierten Medien können menschliche Darsteller*innen und Künstler*innen oder Politiker*innen besonders betroffen sein.

5. Medien und Journalismus: Freie Presse stärken, Desinformation wirksam bekämpfen

Ein freier, unabhängiger und vielfältiger Journalismus ist als „vierte Gewalt" ein unverzichtbares Fundament unserer Demokratie. Der Einsatz von KI verändert die Medienlandschaft tiefgreifend: Neben Chancen für Recherche und Datenanalyse birgt die Technologie immense Gefahren durch automatisierte Falschinformationen, Manipulation und den wirtschaftlichen Verfall der Medienvielfalt.

- Menschliche Redaktionsverantwortung verankern: KI kann Medienmacher*innen bei der Arbeit unterstützen, aber niemals journalistische Sorgfaltspflicht, Unabhängigkeit und Haltung ersetzen. Die finale redaktionelle und rechtliche Verantwortung für alle veröffentlichten Inhalte muss zwingend und unvertretbar beim Menschen liegen.

- Umfassende Kennzeichnungspflicht & Schutz vor Deepfakes: Um die Bevölkerung vor Desinformation zu schützen und das Vertrauen in die freie Presse zu sichern, fordern wir eine strikte, leicht verständliche Kennzeichnungspflicht für KI-generierte oder synthetisch veränderte Texte, Audio- und Videoinhalte (Deepfakes) im Medienbereich. Die Aufsicht hierüber muss weiterhin unabhängig und staatsfern erfolgen.

- Medienvielfalt und Lokaljournalismus sichern: Der KI-gestützte Trend zu billig produzierter Massenware bedroht Qualitätsmedien und insbesondere den Lokal- und Recherchejournalismus. Wir setzen uns für eine staatsferne, gemeinwohlorientierte Medien- und Journalismusförderung ein, um die Vielfalt der Medienlandschaft zu erhalten.

- Algorithmentransparenz bei Plattformen durchsetzen: Große Tech-Plattformen und soziale Netzwerke dürfen ihren Content nicht über intransparente KI-Systeme steuern, die Polarisierung, Wut und Desinformation belohnen. Wir fordern die Durchsetzung klarer Kriterien zur Transparenz von Empfehlungsalgorithmen sowie ein konsequentes Vorgehen gegen automatisierte KI-Botnetzwerke. Nutzer*nnen sozialer Medien sollten selbst entscheiden können, welche Inhalte er*sie sieht, indem entsprechende Filter gesetzt werden können. Insbesondere sollten KI-generierte Inhalte gesperrt werden können.

- Kritische Medien- und Informationskompetenz stärken: Der Schutz vor digitaler Desinformation gelingt nur mit aufgeklärten Bürger*innen. Wir fordern flächendeckende Programme zur Förderung der Medien- und KI-Kompetenz für alle Altersgruppen, um den kritischen Umgang mit Online-Inhalten zu schulen.

6. Faire Wirtschaft, Steuergerechtigkeit und Open Source

Der KI-Markt darf nicht von wenigen globalen Tech-Monopolen beherrscht werden. Wir setzen auf Transparenz, Wettbewerb und die Ausrichtung an öffentlichen Gütern.

- Digitalabgabe und Transformationsfonds: Einführung einer europäisch abgestimmten Digitalabgabe auf Werbe- und Modellumsätze großer Tech-Konzerne, um deren Übergewinne angemessen zu beteiligen. Die Einnahmen fließen zweckgebunden in einen Transformationsfonds Arbeit und Soziales zur Finanzierung von Qualifizierungsinitiativen und digitaler Infrastruktur.

- Abhängigkeiten vermeiden – "Public Money, Public Code": Die öffentliche Verwaltung und der Bildungssektor dürfen sich nicht in die Abhängigkeit proprietärer Monopolanbieter begeben (Vendor Lock-in). Wir fordern den vorrangigen Einsatz und die Förderung von Open-Source-Software und offenen Schnittstellen.

- Gemeinwohlorientierte Innovationsförderung: Gezielte Förderung von KMU, KI Start-ups, Social-AI-Projekten sowie regionalen Kompetenzzentren und KI-Hubs, die nachhaltige und gesellschaftlich nützliche Anwendungen entwickeln.

- Mitarbeiter*innen-Kapitalbeteiligung: Vereinfachung und Ausbau von Modellen der Kapitalbeteiligung für Beschäftigte, damit diese direkt am ökonomischen Erfolg automatisierter Unternehmen partizipieren können.

7. Schutz der Bürger*innenrechte: Nein zum KI-unterstützten Überwachungsstaat – Keine Nutzung von Palantir

Der Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung, der Justiz und insbesondere in den Sicherheitsbehörden berührt das Fundament unserer Bürger*innenrechte und der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung. Ein KI-gestützter Überwachungsstaat widerspricht unseren Grundwerten
tiefgreifend.

- Keine automatisierten Grundrechtseingriffe: Algorithmen dürfen weder Ermittlungsentscheidungen treffen noch automatisierte Verwaltungs- oder Gerichtsakte ausführen. Die letztgültige Verantwortung und Entscheidung muss stets unvertretbar beim Menschen liegen.

- Verbot diskriminierender KI-Systeme: Intransparente Datensammlung birgt das Risiko, bestehende Diskriminierung zu verstärken, etwa bei Einstellungen für berufliche Positionen, Beförderungen, Kreditvergaben und in der Justiz.

- Verbot der verhaltensbasierten Überwachung in Betrieben, sofern nicht zur Sicherheit (z.B. in Hochrisikobereichen) zwingend erforderlich: Das Erfassung von Leistungsdaten oder biometrischen Informationen birgt das Risiko der totalen Überwachung. Grundrechte wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmnung dürfen nicht verletzt werden.

Beschäftigte haben ein Recht auf Transparenz zur Erhebung von Daten und zum Recht auf Widerspruch.

- Verbot von Massenüberwachung und biometrischer Erkennung: Wir lehnen die flächendeckende biometrische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, automatisierte Gefühlserkennung sowie Systeme zur vorausschauenden Polizeiarbeit (Predictive Policing) und zur verdachtslosen Rasterfahndung strikt ab. Sie führen zu Generalverdacht und Diskriminierung.

- Keine Palantir-Software in Sicherheitsbehörden:
    - Wir fordern die umgehende Kündigung bestehender Verträge und das Verbot des Einsatzes von Software-Lösungen des US-Konzerns Palantir (wie Gotham oder Foundry) sowie vergleichbarer Anwendungssoftware bei Polizei- und Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.

    - Geschäftsmodelle, die auf Datenmonopolen, intransparenten Algorithmen und der Auswertung sensibelster Bürger*innendaten durch US-Tech-Oligarchen beruhen, sind mit den europäischen Datenschutzstandards und dem Rechtsstaat unvereinbar.

- Heimische und europäische IT-Lösungen für die Strafverfolgung: Software zur digitalen Datenanalyse in der Strafverfolgung muss zwingend aus Deutschland oder der Europäischen Union stammen. Sie muss quelloffen (Open Source), unabhängig auditiert, datensparsam und strikt an die Grundrechte und die europäische Datenschutz Grundverordnung (DSGVO) gebunden sein.

8. Europäische Digitale Souveränität als strategisches Zukunftsprojekt

Im globalen Wettbewerb um Künstliche Intelligenz darf sich Europa weder in einseitige technologische Abhängigkeiten von US-amerikanischen Big-Tech-Konzernen begeben noch autokratischen Überwachungsmodellen folgen. Europäische Digitale Souveränität ist die Voraussetzung für Selbstbestimmung, Zukunftsfähigkeit und den Schutz unserer Werte.

- Aufbau europäischer KI-Infrastrukturen: Wir fordern den massiven Auf- und Ausbau eigener europäischer Cloud- und Rechenkapazitäten in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Trägerschaft. Wir unterstützen den Aufbau regionaler KI-Kompetenzzentren und KI-Hubs, die Start-ups, Forschungseinrichtungen und Unternehmen vernetzen.

- Förderung europäischer Open-Source-Modelle: Europa muss bei der Entwicklung transparenter, verlässlicher und quelloffener KI-Sprach- und Basismodelle eine führende Rolle einnehmen. Öffentliche Fördergelder müssen vorrangig in Open-Source-Projekte fließen.

- Der "European Way of AI": Europa muss seinen Weg als globaler Standardsetzer weitergehen. Die Kombination aus dem EU AI Act, der DSGVO, einer konsequenten Green-AI-Strategie (energieeffiziente Rechenzentren und nachhaltige Hardware) sowie einem starken Schutz der Bürger*innen- und Urheber*innenrechte bildet das Markenzeichen einer vertrauenswürdigen, nachhaltigen und menschenzentrierten Künstlichen Intelligenz.

Einfache Sprache

Künstliche Intelligenz (KI) gerecht und sicher gestalten

1. Präambel und unser Ziel

Künstliche Intelligenz verändert unser Leben, unsere Arbeit, Bildung, Kultur und Demokratie. KI bringt viele Chancen: Sie kann Innovation fördern, die Arbeit effizienter machen und die ökologische Wende unterstützen.

Aber es gibt dabei wichtige Fragen: Wie bleibt unsere Gesellschaft gerecht? Wie schützen wir Grundrechte? Wie verhindern, dass Wenige zu viel Macht allein haben?

Unser Ziel ist klar: Technologie muss den Menschen dienen. Sie muss dem Gemeinwohl und der Ökologie dienen. Nicht umgekehrt.

Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Dafür brauchen wir klare, soziale Regeln.

Unsere Schwerpunkte sind:

- Schutz der Bürger*innen- und Persönlichkeitsrechte
- Stärkung der sozialen Sicherheit
- Schutz menschlicher Kreativität
- Europäische technologische Souveränität

2. Arbeit, Mitbestimmung und soziale Sicherheit bei KI

KI und Maschinen übernehmen oft Aufgaben von Menschen. Das darf nicht dazu führen, dass nur wenige reich werden.

Gewinne müssen gerecht verteilt werden. Die Menschen müssen sicher in ihrem Job sein.

Mitbestimmung und Tarifverträge

KI-Systeme dürfen keine Rechte von Arbeiter*innen wegnehmen.

Betriebs- und Personalräte müssen bei der Einführung, Gestaltung und Kontrolle von KI-Systemen mitentscheiden.

Arbeitszeit und Gesundheit

KI macht die Arbeit oft schneller. Das soll den Beschäftigten helfen.

In Branchen mit viel KI wollen wir die Arbeitszeit verkürzen (zum Beispiel 4-Tage-Woche bei gleichem Lohn).

Gleichzeitig wollen wir neue Arbeitsmodelle erforschen und auch, wie man KI-Stress und Burnout verhindert und Pausen besser gestaltet.

Sicherer Übergang in neue Jobs

Wenn Menschen ihren Job durch KI verlieren, brauchen sie Hilfe.

Wir fordern:

- KI-Übergangsgeld: Wer eine neue Qualifizierung beginnt, bekommt für bis zu 6 Monate 80 % vom letzten Netto-Lohn.

- Mehr Kurzarbeitergeld: Bei Weiterbildungen und Umschulungen wegen KI soll es bis zu 14 Monate gelten.

- Schutz für alle: Auch Freiberufler*innen und Solo-Selbständige sollen in die Arbeitslosenversicherung kommen.

Finanzierung der Sozialsysteme

Wenn Maschinen die Arbeit machen, fließen weniger Sozialabgaben in die Kassen.

Um das auszugleichen, fordern wir

:

- regelmäßige Prüfung der Auswirkungen auf Löhne und Abgaben

- Gegenmaßnahmen, zum Beispiel eine Abgabe auf Gewinne durch Automatisierung

- transparente Berichte der Firmen über den KI-Einsatz und Folgen für die Arbeitsplätze und Löhne

Sicherheit ohne Druck

Wir wollen eine sanktionsfreie Garantiesicherung. Das bedeutet: Hilfe ohne Strafen. So haben Menschen Sicherheit bei beruflichen Veränderungen.

3. Bildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Wer KI versteht, kann besser am Beruf und an der Gesellschaft teilnehmen.

KI kann aber auch dazu führen, dass Fachwissen und selbstständiges Arbeiten verloren gehen. Deshalb müssen wir Menschen fördern.

Wir wollen kritisches Denken, Kreativität und den Willen zur Verbesserung stärken.

Recht auf Weiterbildung

Lernen über das ganze Leben hinweg muss ein Recht für alle sein.

Wir fordern:

- ein grünes Weiterbildungskonto für selbstbestimmte und finanzierte Fortbildung

- gesetzlichen Anspruch auf Bildungszeit

- Förderprogramme, Mentoring und barrierefreie Zugänge, damit Frauen und marginalisierte Gruppen in digitalen Berufen besser vertreten sind.

Digitale Bildung an Schulen

Alle Schüler*innen müssen lernen, wie man digitale Medien und KI richtig nutzt.

Das gehört fest in den Lehrplan an allen Schulen.

Dafür brauchen wir:

- Programme zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften

- gute Computer und Technik an allen Schulen und Hochschulen

- weniger Bürokratie für Medien-Pädagog*innen, die Lehrer*innen werden wollen

KI-Wissen für alle Bürger*innen

Wir wollen eine bundesweite Kompetenz-Offensive mit einfachen Angeboten für alle Bürger*innen und einem Gutschein-System.

So können alle lernen, KI sicher, kritisch und selbstbestimmt zu nutzen.

Flexible Lern-Formate

Wir fördern kurze und flexible Kurse (zum Beispiel Online-Kurse), besonders für Menschen, deren Jobs sich durch KI stark verändern.

Ökologische KI (Green AI)

Dass KI viel Energie und Ressourcen verbraucht, muss Teil der Bildung sein.

Die Menschen sollen lernen, welchen ökologischen Fußabdruck KI hat und wie KI helfen kann, Umwelt und Klima zu schützen.

4. Kunst, Kultur und Urheberrecht: Menschliche Kreativität schützen

Kreativität und Kunst kommen aus menschlicher Erfahrung. KI kann Künstler*innen helfen, darf sie und ihre Werke aber nicht ersetzen oder entwerten.

Urheberrecht nur für Menschen

Nur Werke von Menschen sind urheberrechtlich geschützt.

Inhalte, die nur von einer KI erstellt wurden, bekommen keinen Schutz.

Transparenz und Kennzeichnung

Man muss sofort sehen, ob ein Inhalt von einer KI erstellt wurde. Das muss klar und einfach überprüfbar sein. Das schützt uns vor Fake-Videos (Deepfakes) und falschen Informationen.

KI-Entwickler*innen müssen offenlegen, welche Daten sie zum Trainieren der KI genutzt haben.

Fairer Schutz und Bezahlung

Urheber*innen müssen selbst entscheiden, ob ihre Werke zum Trainieren von KI genutzt werden dürfen (Opt-In-Prinzip). Diese Entscheidungen sollen in einem öffentlichen Register stehen.

Wenn geschützte Werke für KI-Training genutzt werden, müssen die Urheber*innen dafür Geld bekommen.

Starke Verwertungsgesellschaften

Organisationen wie die GEMA, VG Wort oder VG Bild-Kunst müssen gestärkt werden, um gegenüber großen Tech-Konzernen faire Verträge und Bezahlungen für die Künstler*innen durchzusetzen.

Schutz der Persönlichkeitsrechte

Niemand darf die Stimme, das Gesicht oder die Bewegungen eines Menschen mit KI kopieren, ohne dass dieser zugestimmt hat. Das ist besonders wichtig für Künstler*innen, Darsteller*innen und Politiker*innen.

5. Medien und Journalismus: Freie Presse stärken, Falschinformationen bekämpfen

Freie Medien sind das Fundament unserer Demokratie. KI bietet Chancen bei der Recherche, aber auch Gefahren durch Manipulation und wirtschaftlichen Druck.

Menschen müssen Verantwortung tragen

KI kann Journalist*innen unterstützen, darf aber Sorgfalt und Unabhängigkeit nicht ersetzen. Die rechtliche und redaktionelle Verantwortung muss immer bei Menschen liegen.

Kennzeichnung und Schutz vor Deepfakes

KI-Inhalte (Texte, Audio, Video) müssen klar gekennzeichnet sein. So schützen wir die Menschen vor Falschinformationen. Die Kontrolle muss unabhängig vom Staat erfolgen.

Medienvielfalt und Lokaljournalismus sichern

KI kann sehr schnell sehr viele Inhalte billig erstellen. Das ist eine Gefahr für gute Medien, besonders für Lokal-Zeitungen und aufwendig recherchierte Beiträge. Wir fordern eine staatsferne, gemeinwohlorientierte Förderung, um die Medienvielfalt und -qualität zu erhalten.

Transparenz bei Algorithmen

Große Plattformen und soziale Netzwerke dürfen ihre Inhalte nicht mit undurchsichtigen KI-Systemen steuern, die Polarisierung, Wut und Falschinformationen belohnen.

Wir fordern:

- klare Regeln, die sichtbar machen, wie Empfehlungsalgorithmen arbeiten

- konsequentes Vorgehen gegen KI-Bot-Netzwerke

- Nutzer*innen müssen selbst entscheiden können, welche Inhalte sie sehen wollen, und KI-generierte Inhalte sperren können

Medienkompetenz stärken

Aufgeklärte Bürger*innen können sich vor digitaler Desinformation schützen. Wir fordern Programme für alle Altersgruppen für Medien- und KI-Kompetenz, um den kritischen Umgang mit Online-Inhalten zu schulen.

6. Faire Wirtschaft, Steuern und Open Source

Einige wenige große Tech-Firmen dürfen den KI-Markt nicht beherrschen. Wir wollen Transparenz und fairen Wettbewerb. KI soll dem Gemeinwohl dienen.

Digital-Abgabe und Fonds für den Wandel

Große Tech-Konzerne machen mit KI sehr hohe Gewinne. Wir fordern eine Digital-Abgabe auf deren Werbe- und Modell-Umsätze, die in einen speziellen Fonds für Arbeit und Soziales fließt.

Damit bezahlen wir Weiterbildungen für Menschen und digitale Infrastruktur.

Abhängigkeiten vermeiden: „Öffentliches Geld, öffentlicher Code“

Der Staat und Schulen dürfen nicht von Monopol-Firmen abhängig werden.

Wir fordern:

- Der Staat soll vor allem Open-Source-Software nutzen.

- Offene Schnittstellen sollen gefördert werden.

Förderung für nützliche Innovationen

Wir wollen Innovationen fördern, die der Gesellschaft helfen. Dafür unterstützen wir gezielt:

- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

- KI-Start-ups und Projekte für das Gemeinwohl (Social-AI)

- regionale Zentren für KI-Wissen

Beteiligung der Mitarbeiter*innen

Wenn Firmen durch KI erfolgreicher werden, sollen auch die Angestellten davon profitieren. Wir wollen es einfacher machen, dass Mitarbeiter*innen Anteile an ihren Firmen bekommen, um am Erfolg der Automatisierung teilzuhaben.

7. Schutz der Bürger*innenrechte: Nein zum Überwachungsstaat – keine Nutzung von Palantir

KI in der Verwaltung, bei Gerichten und bei der Polizei darf Bürger*innenrechte und den Rechtsstaat nicht verletzen. Ein Staat, der mit KI alle Menschen überwacht, widerspricht unseren Werten.

Keine automatischen Entscheidungen gegen Menschen

Computer-Programme (Algorithmen) dürfen keine Entscheidungen über Ermittlungen treffen oder Vorgänge in der Verwaltung oder vor Gericht automatisiert bearbeiten. Ein Mensch muss immer die letzte Entscheidung treffen.

Verbot von Diskriminierung durch KI

KI-Systeme sammeln oft Daten, die nicht transparent sind. Der Einsatz von KI darf nicht dazu führen, dass Ungerechtigkeit verstärkt wird, zum Beispiel bei Job-Bewerbungen, Beförderungen, Krediten oder vor Gericht.

Keine Überwachung am Arbeitsplatz

In Firmen darf das Verhalten der Menschen nicht mit KI überwacht werden. Das gilt auch für Leistungs-Daten oder Körper-Merkmale (Biometrie). Nur wenn es für die Sicherheit absolut nötig ist, darf das passieren. Beschäftigte haben ein Recht zu wissen, welche Daten gesammelt werden, und dem zu widersprechen.

Verbot von Massenüberwachung

Wir lehnen strikt ab:

- Gesichtserkennung an allen öffentlichen Orten

- Programme, die versuchen, Gefühle zu erkennen

- „Predictive Policing“ (Systeme, die Verbrechen vorhersagen)

- Rasterfahndung ohne konkreten Verdacht

Solche Systeme führen zu Generalverdacht und Diskriminierung.

Keine Palantir-Software für die Sicherheit

Die Polizei und Sicherheitsbehörden dürfen keine Software der US-Firma Palantir nutzen (zum Beispiel Gotham oder Foundry).

Wir fordern:

- Alle bestehenden Verträge mit Palantir müssen sofort gekündigt werden.

- Verbot ähnlicher Programme , die auf Daten-Monopolen auf und undurchsichtiger Erhebung und Auswertung privater Daten basieren. Sie widersprechen unserem Rechtsstaat und dem Datenschutz.

Europäische Lösungen für die Strafverfolgung

Wenn die Polizei Software zur Daten-Analyse nutzt, muss diese aus Deutschland oder der Europäischen Union (EU) kommen.

Die Software muss Open Source sein (der Code muss für alle einsehbar sein), unabhängig geprüft werden und so wenig Daten wie möglich sammeln. Sie muss sich strikt an die Grundrechte und die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) halten.

8. Europäische digitale Souveränität: Unser Weg in die Zukunft

Europa steht in einem weltweiten Wettbewerb um KI. Wir dürfen nicht nur von großen Tech-Firmen aus den USA abhängig sein und keine Überwachungs-Modelle aus Diktaturen übernehmen. Europa muss selbst entscheiden können, wie Technik genutzt wird. Das ist wichtig für unsere Freiheit und unsere Werte.

Eigene europäische KI-Technik aufbauen

Wir brauchen eigene Rechenzentren und Cloud-Systeme in Europa. Diese sollen dem Gemeinwohl dienen und nicht nur privaten Firmen gehören. Mehr regionale Zentren für KI-Wissen sollen helfen, Forschung, Start-ups und Firmen besser zusammenzubringen.

Förderung von Open-Source-Modellen

Europa soll weltweit führend bei offenen KI-Modellen werden.

Das bedeutet: Die Technik muss transparent und für alle einsehbar sein (Open Source). Öffentliche Fördergelder sollen vor allem in Open-Source-Projekte fließen.

Der „europäische Weg“ der KI

Europa soll weiterhin vorangehen, um weltweit die Regeln für eine gute KI zu setzen.

Dazu trägt das Zusammenspiel bei aus:

- EU AI Act (das europäische Gesetz für KI)

- DSGVO (Datenschutzregeln in Deutschland)

- einer Green-AI-Strategie“ (für energie-effiziente Rechenzentren und nachhaltige Hardware)

- dem starken Schutz für die Rechte von Bürger*innen und Urheber*innen.

So schaffen wir eine KI, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, verlässlich und nachhaltig ist.

Begründung

Wir müss zum Thema KI Haltungen entwickeln, und sprachfähig sein. Dieser Antrag basiert auf den inhaltlichen Schnittstellen der drei beteiligten BAGn. Er wurde in 6 Monaten erarbeitet. Im Abstimmungsprozess waren 15 MdBs inhaltlich und/oder informativ beteiligt.